

STALINS BEFREIUNGSMISSION

Die Nachkriegskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittleuropas Band II/05

Die Lage der deutschen Bevölkerung in Ost-Mittleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Lebensverhältnisse nach der "sowjetischen Befreiungsmision"

>>Meine Augen fließen und können's nicht lassen, und es ist kein Aufhören da. ... Meine Feinde haben mich ohne Grund gejagt wie einen Vogel. Sie haben mein Leben in der Grube zunichte gemacht und Steine auf mich geworfen.<< (Klagelieder 3, 49-53)

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte. Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte.

Die verstörte Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumungsarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Schaufeln greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besetzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

Sowjetisch verwalteter Teil Ostpreußens

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-92E):

>>Das Schicksal der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens

Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjet-Union zugesprochen werden solle. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. Die angloamerikanischen Mächte bekräftigten diese Abmachung durch ihre gemeinsame Zusage, die Übertragung dieses Gebietes an Rußland bei der Friedensregelung zu unterstützen.

Als Grenze zwischen dem sowjetisch verwalteten und dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens wurde eine Linie festgelegt, die fast gradlinig von der Küste des Frischen Haffes unmittelbar südlich von Heiligenbeil nach Osten quer durch Ostpreußen verläuft und nördlich von Goldap auf die alte ostpreußisch-litauische Grenze stößt.

Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenige Tausend Deutsche.

Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden. In der folgenden Zeit sind dann auch aus Königsberg und im Frühjahr 1946 vor allem aus dem Kreis Labiau Deutsche in die menschenarmen Gebiete im Osten des sowjetisch verwalteten Ostpreußens verschleppt worden.

Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. In einer fremden Umgebung mit gleichfalls verschleppten Landsleuten aus den verschiedensten Gegenden Ostpreußens nebeneinander zu leben, die alle der Heimatlosigkeit preisgegeben waren, kennzeichnete im nördlichen Teil Ostpreußens mehr als in allen anderen deutschen Ostgebieten das Schicksal der in russische Hand gefallenen Deutschen.

Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte. Obwohl allmählich russische Kommandanturen eingerichtet und Vergewaltigungen und Plünderungen verboten wurden, vermochten die Anordnungen der Kommandanten und die vereinzelt ausgesandten Streifen und Wachposten nicht, die deutsche Bevölkerung vor Übergriffen durch Soldaten und Offiziere zu schützen.

Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage aber auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des

Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.

Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausende, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen, die nicht nur unter den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, viele Unbelastete, sondern auch viele fälschlich Verdächtige erfaßten. Sofern die Verhafteten nicht nach Rußland verschleppt wurden, hielt man sie nach zahllosen Verhören und Mißhandlungen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern fest.

Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben.

Aber auch die übrige Bevölkerung des sowjetisch verwalteten Ostpreußens hat in den auf die Eroberung folgenden Monaten und Jahren Schwerstes durchmachen und ungeheure Opfer bringen müssen.

Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen, führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten. In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft, und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.

In Königsberg und den kleineren Städten des nördlichen Ostpreußens wurde die Bevölkerung sofort nach der Eroberung durch sowjetische Truppen systematisch zu Zwangsarbeiten aller Art herangezogen.

Ein Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen wurde zu diesem Zweck vorübergehend interniert; die anderen wurden dadurch zur Arbeit gezwungen, daß sie nur dann Verpflegung erhielten, wenn sie unter Aufsicht der sowjetischen Truppen arbeiteten. Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden.

In den ersten Wochen nach der Einnahme Königsbergs konnten noch die Vorräte in den verlassenen Häusern und Magazinen, soweit sie nicht schon von Russen ausgeraubt waren, über die erste Not hinweghelfen. Plündernde russische Soldaten und nahrungsuchende Deutsche durchzogen die Wohnungen und Keller der Stadt. Da die Zahl der Deutschen, die in russischen Haushalten und Kommandanturen oder in den wenigen von den Russen wieder in Gang gesetzten Betrieben Arbeit fanden, beständig abnahm, wurde die Ernährungslage für die Bevölkerung immer schlechter. Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten.

Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-1947 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.

Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. Zwei Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser zwei Jahre ist

von den rund 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben.

Im Sommer 1947 befanden sich nach übereinstimmenden Angaben nur noch 20.000-25.000 Deutsche in der Stadt. Da die Krankenhäuser in Königsberg teilweise noch unter der Leitung deutscher Ärzte und Schwestern standen, die, soweit es in ihrer Macht lag, es an ärztlicher Betreuung nicht fehlen ließen, konnte vielen Kranken Erleichterung verschafft werden. Dennoch war es nicht zu verhindern, daß die Sterblichkeit anhielt.

Nicht viel besser war die Lage in den kleineren Städten des sowjetisch verwalteten Gebietes. Auch in ihnen stieg mit dem Sommer 1945 die Zahl der Todesfälle unter der Bevölkerung ungewöhnlich an.

Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung. Obwohl die sowjetischen Truppen wiederholt Getreide requirierten und fast sämtliches Vieh beschlagnahmten, fand sie im Frühjahr und Sommer 1945 gelegentlich noch einiges an Vorräten von der vorjährigen Ernte, so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben.

Manchen von denen, die erst im Mai und Juni von ihrer Flucht zurückkamen und ihre Wohnungen und Höfe völlig ausgeplündert vorfanden, blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet.

Im Sommer und Herbst 1945 besserte sich die Ernährungslage auf dem Lande insofern, als die Wintersaat, die überall noch vor dem russischen Einfall nach Ostpreußen in den Boden gekommen war, geerntet werden konnte. Auf allen großen Gütern waren sowjetische Militärkommandos eingesetzt, unter deren Leitung die deutsche Bevölkerung die Erntearbeiten verrichten mußte. Nach sowjetischem Arbeitsnormsystem hatten Frauen und Männer, oft auch Kinder, schwerste Arbeit zu leisten.

Jedoch brachte ihnen dies gegenüber der Stadtbevölkerung den Vorteil, daß sie sich beim Ernten, Dreschen und Kühemelken neben den kargen Rationen zusätzlich Lebensmittel verschaffen konnten. Häufig wird berichtet, wie ehemalige Bauersfrauen und Gutsbesitzerinnen nachts auf ihre eigenen Felder schleichen und Korn für sich und ihre Kinder stehlen mußten, weil die russische Armeeführung die Ernte beschlagnahmt hatte.

Mit Ausnahme der geringen Zuteilung, die die Landbevölkerung für ihre Arbeit auf den Feldern erhielt, war das gesamte auf den ostpreußischen Gütern geerntete Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen bestimmt, deren Zahl besonders im nördlichen Ostpreußen auch lange nach der Eroberung ungewöhnlich hoch war. Daraus erklärt sich, daß seit dem Frühjahr 1946 die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die Landbevölkerung ergriff.

Im Jahre 1946 wurde in Königsberg, dessen Sowjetisierung durch die Umbenennung in Kaliningrad auch nach außen demonstriert wurde, und im ganzen nördlichen Ostpreußen die sowjetische Militäradministration durch staatliche Zivilverwaltungsbehörden abgelöst. Der nördliche Teil Ostpreußens bildete - mit Ausnahme des Memellandes, das der Sowjetrepublik Litauen einverleibt wurde - fortan als Oblast Kaliningrad (Departement Kaliningrad) eine administrative Einheit, die verwaltungsmäßig in die großrussische Republik (RSFSR) eingegliedert wurde. Schon Anfang 1946 kamen die ersten Zivilrussen aus dem Inneren Rußlands in die ostpreußischen Städte und Dörfer.

Dennoch blieb das Land auch in der folgenden Zeit vorwiegend militärisch beherrscht. Pillau und Königsberg wurden zu Marinestützpunkten ausgebaut, und auch im Hinterland wurden starke sowjetische Einheiten stationiert. Zivile Verwaltungsaufgaben standen demgegenüber

völlig im Hintergrund. Besonders die Landwirtschaft wurde im nördlichen Teil von Ostpreußen aufs äußerste vernachlässigt. ...<<

Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über das Schicksal der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße unter sowjetisch-polnischer Herrschaft (x001/87E-88E,96E-100E,109E-113E): >>... Der Einfall der Roten Armee nach Ostdeutschland hatte zur Folge gehabt, daß über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Mittel- und Westdeutschland verdrängt worden war. Die Millionen von Deutschen, die durch die Flucht vor der Roten Armee die Heimat verlassen mußten, hatten an den Folgen der Vertreibung noch lange schwer zu tragen, und noch heute haben sie unter der Besitz- und Heimatlosigkeit zu leiden. Dennoch blieb ihnen wenigstens das schwerere Schicksal der Deutschen erspart, die im Frühjahr und Sommer 1945 unter sowjetische und polnische Herrschaft gekommen waren.

Auch diesen über 5 Millionen Ostdeutschen, die den Einzug der sowjetischen Truppen in ihrem Lande erlebten oder nach dem Ende der Kampfhandlungen dorthin zurückgekehrt waren, ist der Verlust ihrer angestammten Heimat nicht erspart geblieben, nur traf sie dieses Schicksal später, und der Weg dahin gestaltete sich für sie unvergleichlich schwerer. Ehe sie mit nur wenigem Handgepäck ihre Heimat verlassen mußten, lebten sie lange Monate und manchmal Jahre unter russischer oder polnischer Herrschaft im Zustande völliger Rechtlosigkeit unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die ihnen schließlich die Austreibung, wenn sie sie noch erlebten, als Erlösung von unsagbaren Leiden erscheinen ließ.

Im Gesamtvorgang der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung muß dem Schicksal der Deutschen in den Jahren der russisch-polnischen Herrschaft deshalb besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sowohl die Flucht, die am Beginn des Vertreibungsprozesses stand, wie die Ausweisung als sein Ende würden weitgehend unverständlich bleiben und nicht hinreichend zu erklären sein ohne Betrachtung der dazwischen liegenden Zeit, die die Deutschen jenseits von Oder und Neiße seit 1945 unter der Herrschaft der Russen und Polen in ihrer Heimat erlebten.

Nachdem Deutschland militärisch besiegt war, entwickelte sich die Lage in den deutschen Ostgebieten, in Danzig und in Polen für die dort lebende deutsche Bevölkerung sehr unterschiedlich.

Völlig abgesondert von den übrigen ostdeutschen Provinzen wurde der Nordteil von Ostpreußen, der durch die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten unter die Verwaltung der UdSSR, gestellt worden war. Im Unterschied zu diesem Gebiet erlebte die deutsche Bevölkerung im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien zunächst zwar ebenfalls mehrere Monate oder zumindest einige Wochen russischer Besatzung, kam aber später unter polnische Verwaltungshoheit.

Ein wiederum anderes Los traf die Deutschen in den alten polnischen Gebieten, die ohne vorübergehende russische Besatzungszeit sofort nach Ende der Kampfhandlungen in den wiedererrichteten polnischen Staat zurückgegliedert wurden.

Für die Darstellung empfiehlt es sich deshalb, zuerst die Hergänge im nördlichen Ostpreußen, dann die Entwicklung in den übrigen ostdeutschen Reichsgebieten und schließlich das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet zu betrachten. ...<<

>>... Anders als im nördlichen Teil Ostpreußens blieb die sowjetrussische Militärverwaltung in den übrigen Gebieten Ostdeutschlands auf eine kurze Übergangszeit beschränkt, die mit der Besetzung bis Mai 1945 begann und mit der Verwaltungsübergabe an die Polen spätestens im Herbst 1945 endete. Je nach dem Zeitpunkt der Eroberung und der Verwaltungsübergabe an polnische Behörden war die sowjetische Militärverwaltung in den einzelnen Gegenden und

Orten östlich der Oder-Neiße-Linie von unterschiedlicher Dauer.

In vielen Orten und Kreisen Niederschlesiens und Ostpommerns hat sich nach dem Ende der Kampfhandlungen zunächst ein mehrere Monate dauerndes Provisorium gebildet, das ohne polnische Mitwirkung allein durch die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt wurde und sich in vieler Hinsicht deutlich von der darauffolgenden Zeit der polnischen Verwaltung abhebt. Dagegen scheint für Oberschlesien, für Teile des südlichen Ostpreußens und vor allem für Danzig eine exakte Unterscheidung zwischen sowjetischer Besatzungs- und polnischer Verwaltungszeit kaum möglich zu sein, da in diesen Gebieten außer den russischen Truppen von Anfang an polnische Miliz, polnische Behörden und zahlreiche polnische Zivilpersonen neben- und durcheinander Einfluß ausübten.

Trotz solcher weitgehenden Verschiedenheiten in den einzelnen Gebieten kann jedoch insofern von einer allgemeinen sowjetischen Besatzungszeit gesprochen werden, als in allen deutschen Ostgebieten bestimmte von der sowjetischen Militärverwaltung ausgehende Maßnahmen durchgeführt wurden, und in allen Gebieten auf die Eroberung zunächst eine Zeit folgte, in der in erster Linie die sowjetischen Truppen und Befehlshaber das Schicksal der Deutschen bestimmten. –

Bei vielem, was nach der Eroberung Ostdeutschlands durch die sowjetische Besatzungsmacht angeordnet oder durch einzelne ihrer Angehörigen in die Wege geleitet wurde, fällt es mitunter schwer, zu unterscheiden, wo es sich um Maßnahmen handelte, die im Interesse der Okkupationsmacht für nötig gehalten wurden, wo um Härte und Grausamkeit und bloße Schikane, und ob diese immer beabsichtigt waren oder nur menschlichem bzw. organisatorischem Unvermögen entsprangen.

So wurde die ohnedies durch die Flucht und die Kriegereignisse durcheinandergeschüttelte Bevölkerung weiterhin durch Räumungs- und Evakuierungsmaßnahmen in Atem gehalten, vor allem, solange die Kriegshandlungen fortgingen.

In Ostbrandenburg, das den sowjetischen Armeen im Frühjahr 1945 als Aufmarschraum für den Kampf um Berlin diente, ist im Februar 1945 eine 25 km breite Zone an der Oder geräumt und die deutsche Bevölkerung in weiter ostwärts gelegene Kreise evakuiert worden. Eine ähnliche Evakuierungszone entstand im März/April 1945 in Ostpommern, wo ein 15 km breiter Streifen längs der Ostseeküste aus militärischen Gründen der sowjetischen Armeeführung von der Landbevölkerung geräumt werden mußte.

Vorübergehende Evakuierungen dieser Art erfolgten im Zuge der Besetzung des Landes auch überall dort, wo die Front längere Zeit stillstand und eine Zusammenarbeit der deutschen Zivilbevölkerung mit deutschen Truppen befürchtet wurde. Schon im Samland waren aus diesem Grunde viele Deutsche nach Osten verschleppt worden, und auch in Schlesien sind im Zuge solcher Maßnahmen durch die Rote Armee viele Tausende von Menschen in alle Winde zerstreut worden. Erst im Sommer 1945 hörten diese Menschenverschiebungen allmählich auf, und die Deutschen konnten Hoffnung schöpfen, in ihrer Heimat oder in den Orten, in denen sie Unterkunft gefunden hatten, wieder sesshaft zu werden. ...

Grundsätzlich bestand Arbeitspflicht für die gesamte männliche und weibliche deutsche Bevölkerung von 15-65 Jahren. Da es in denjenigen Orten, in denen sich noch Tausende von Deutschen aufhielten, nicht genügend sinnvolle Beschäftigung gab, wurden Arbeiten erfunden.

Zweifellos spielte dabei neben dem Vergeltungstrieb der durch deutsche Maßnahmen in den russischen Besatzungsgebieten aufgereizt worden war, auch ein gewisser revolutionärer Fanatismus gegenüber der bürgerlichen Wohlhabenheit der Deutschen eine nicht unwesentliche Rolle.

Eine der ersten und der qualvollsten Arbeiten, zu denen die Deutschen herangezogen wurden, war das Aufsuchen und die Bestattung der Leichen und Tierkadaver, die infolge der Kämpfe

und der vielen wahllosen Erschießungen in den Tagen des Einmarsches in den Ortschaften und auf den Landstraßen oft schon seit mehreren Wochen herumlagen. Zu besonders unangenehmen Arbeiten suchten sich die sowjetischen Wachtposten vielfach bevorzugt solche Personen aus, in denen sie "Kapitalisten" sahen.

Obwohl diese Zwangsarbeiten manche Schikane mit sich brachten und im allgemeinen auch äußerst anstrengend und erschöpfend waren, da bei langen Arbeitszeiten auch von Frauen schwerste Männerarbeit verlangt wurde, blieb die Arbeit unter russischer Leitung für die deutsche Bevölkerung auch später, als der Arbeitszwang nachließ, die einzige Möglichkeit des Existierens; denn nur diejenigen, die arbeiteten, erhielten Verpflegung, und überdies bot die Arbeit unter Aufsicht sowjetischer Wachen einen gewissen Schutz vor Übergriffen und Beraubungen.

Noch immer kamen nämlich trotz ausdrücklicher Verbote der sowjetischen Kommandanturen sowohl Vergewaltigungen als auch Plünderungen, ja selbst Erschießungen durch einzelne russische Soldaten und Überfälle marodierender Banden keineswegs vereinzelt vor. Am häufigsten ereigneten sich die Übergriffe auf dem Lande, wo die sowjetischen Kommandanturen oft viele Kilometer weit entfernt waren; aber auch in Städten wie Breslau, Danzig, Stettin sowie in den dicht besiedelten Orten des oberschlesischen Industriegebietes haben die sowjetischen Befehlshaber nicht vermocht, Plünderungen und Vergewaltigungen zu verhindern. Erklärte Antifaschisten, ja selbst deutsche Juden hatten darunter bisweilen ebenso zu leiden wie ehemalige Parteiangehörige.

Noch am günstigsten hatten es diejenigen Deutschen, die im persönlichen Dienst russischer Offiziere standen, so z.B. Frauen, die für die Kommandanturen kochen, waschen oder schneiden mußten. Sie wurden im allgemeinen gut behandelt, erhielten regelmäßige Verpflegung und lernten die Russen mitunter von einer besseren Seite kennen. Eine gewisse Sonderbehandlung erfuhren auch die deutschen Arbeiter im oberschlesischen Industriegebiet. Dort traten bei den Maßnahmen der russischen Militäradministration sehr bald wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund.

Ein erheblicher Teil der Bergarbeiter und Fachkräfte, die man zunächst fast sämtlich in Sammelager interniert hatte, wurde auf Reklamation der einzelnen russischen Kommandanturen freigegeben. Sie konnten nach ersten Notstandsarbeiten meist an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren und erhielten bevorzugte Verpflegung. ...<<

>>... Als "Organ der öffentlichen Sicherheit" herrschte in den deutschen Dörfern und Städten die polnische Miliz. Sie rekrutierte sich gewöhnlich aus bei Kriegsende anwesenden oder im Gefolge der sowjetischen Armeen ins Land gekommenen Polen, die teils schon von den sowjetischen Kommandanturen Aufsichtsfunktionen erhalten hatten.

Meist nach dem Belieben der einzelnen sowjetischen Kommandanten oder der polnischen Ortsgewaltigen aufgestellt, waren die lokalen Milizeinheiten oft aus sehr fragwürdigen Elementen zusammengesetzt. Ihre überstürzte Aufstellung führte dazu, daß sich ihr häufig arbeitsunlustige junge Leute oder aber Personen anschlossen, die sich von der Tätigkeit der Miliz ein einträgliches Geschäft versprachen. Von Ausnahmen abgesehen hat diese von den polnischen Behörden aus dem Boden gestampfte Miliz eine für die deutsche Bevölkerung verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie mißbrauchte ihre Ordnungsgewalt zu zahllosen Plünderungen, ließ ihren nationalen Haßgefühlen hemmungslosen Lauf und quälte und mißhandelte zahlreiche völlig unschuldige Deutsche.

Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch, und in Oberschlesien, dessen "urpolnischen" Charakter zu beweisen man besonders bemüht war, wurden selbst Gottesdienste in deutscher Sprache

verboten.

Eines der ersten Anzeichen der Verwaltungsübernahme durch die Polen war es, daß eine neue Verhaftungswelle in den Städten und Dörfern einsetzte. Die Festnahme und Verschleppung von Tausenden ehemaliger Nationalsozialisten und anderer der Besatzungsmacht verdächtiger Personen durch die Russen genügte den polnischen Behörden nicht. Der durch die jahrelange nationalsozialistische Okkupation Polens und die dort verübten Untaten genährte Haß forderte jetzt Vergeltung und fragte nicht viel nach schuldig oder unschuldig.

Es begann damit ein neues furchtbares Kapitel der grausamen Verfolgung vieler Menschen, die, obwohl persönlich meist unschuldig, für das büßen mußten, was während der Kriegsjahre im Namen Deutschlands an Polen oder polnischen Juden begangen worden war. Die Gefängnisse in den Städten füllten sich mit Deutschen. Zugehörigkeit zu den Organisationen der NSDAP, und der Polizei sowie schlechte Behandlung von polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen waren die Hauptbeschuldigungen, die gegen sie erhoben wurden.

Die Einrichtung von Sonderstrafgerichten für die Fahndung nach allen Verdächtigen schuf einen Zustand, der eine nur auf Verdachtsmomente gestützte Verhaftungswelle begünstigen mußte und der Willkür alle Türen öffnete. Erst am 17. Oktober 1946 wurden die Sondergerichte abgeschafft.

Bis zu dieser Zeit aber wurde bei den Verhören und Verhaftungen von Deutschen oft schreiendes Unrecht begangen. Wie zu allen Zeiten eines Regime-Wechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der Angehörigen der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB = Urząd Bespieczenstwa Publicznego), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit den Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden. Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzentrationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab. Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung.

Den größten Umfang hatten die Verhaftungs- und Vergeltungsmaßnahmen in Oberschlesien, das auf Grund der polnischen Neugliederung der Verwaltungsbezirke in Ostdeutschland der Wojewodschaft Kattowitz unterstellt worden war. Die Behandlung der Deutschen nahm in diesem Gebiet Formen an, die nahe an die brutalen Maßnahmen heranreichten, die gegenüber den generell als Landesverräter und Kollaboranten geltenden Volksdeutschen in den polnischen Provinzen ergriffen wurden.

Tausende von Deutschen, die wegen Parteizugehörigkeit oder aus anderen Gründen beschuldigt waren, wurden aus Oberschlesien in Lager nach dem polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, mußten dort jahrelang härteste Zwangsarbeit leisten und waren fortgesetzten Mißhandlungen sowie Hunger und Krankheiten infolge unzureichender Verpflegung ausgesetzt. Die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich in Oberschlesien jedoch nicht auf Einzelverhaftungen, so ungerechtfertigt auch diese oft schon waren.

In manchen Teilen des Landes wurde die deutsche Bevölkerung ganzer Dörfer geschlossen in Lager eingewiesen, gleich ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. Es scheint, daß es sich bei diesen Maßnahmen um Willkürhandlungen polnischer Milizkommandanten gehandelt hat. Die schrecklichen Vorkommnisse in den Lagern und die Tatsache, daß man gegenüber russischen Kontrollen vortäuschte, es handle sich bei den Inhaftierten sämtlich um ehemalige Nationalsozialisten, bestätigen dies. Lager dieser Art, in denen jeweils 3.000-5.000 Deutsche untergebracht wurden, bestanden u.a. in Lamsdorf, Kreis Falkenberg, und in der

Stadt Grottkau.

Bis zur Ausweisung der Internierten und Auflösung der Lager im Sommer 1946 war eine überaus große Anzahl der Häftlinge an den Mißhandlungen sowie den zahlreichen Seuchen und Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Zustände verursacht wurden, gestorben. Es muß damit gerechnet werden, daß die sehr hohe Sterblichkeit in den Lagern, die vor allem vom Sommer 1945 bis zum Winter 1946 herrschte, Verluste bis zu 50 Prozent verursacht hat, besonders unter Kindern und alten Leuten.

Die schweren Mißhandlungen und die Zugrunderichtung von zahlreichen Deutschen in Lagern und Gefängnissen unter dem Vorwand von Sühne- und Strafmaßnahmen waren ein grobes Unrecht, auch wenn dieser oder jener der Inhaftierten wirklich verantwortlich für Vergehen an Polen oder polnischen Juden gewesen ist. Die Masse der Betroffenen war zweifellos unschuldig. Wie einst für die nationalsozialistischen Machthaber, so war die Kollektivbeschuldigung auch für große Teile der polnischen Behörden und der polnischen Miliz die letzte Weisheit eines engstirnigen Chauvinismus.

Infolge des durch die nationalsozialistische Herrschaft genährten Deutschenhasses, der durch das leidenschaftliche polnische Temperament noch gesteigert wurde, verfielen die Polen mehr als die westlichen Siegnationen, ja selbst mehr als die Russen der Versuchung anheim, vergangenes Unrecht durch gleiches Unrecht zu vergelten. In augenfälliger Weise wurde dies an manchen öffentlichen Lynchaktionen deutlich, die vor allem in Polen, aber hier und da auch in den deutschen Ostgebieten vorkamen.

Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten.

In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen.

Nirgends enthüllte sich die Absurdität kollektiver Vergeltungsmaßnahmen deutlicher, nirgends aber war auch die ganze Tragik der Aufeinanderfolge von gegenseitigen Verfolgungen und Diskriminierungen so evident wie bei solchen Vorkommnissen. Gerade im Zusammenhang mit den Verhaftungs- und Vergeltungsaktionen zeigte es sich jedoch auch, daß überall dort, wo zwischen Polen und Deutschen auf Grund einer persönlichen Verbundenheit, die sich entweder durch langjährige Bekanntschaft während des Krieges entwickelt hatte oder durch das Eintreten von Deutschen für die unter der nationalsozialistischen Herrschaft oft zynisch und rücksichtslos behandelten Polen zustande gekommen war, die Thesen einer kollektiven Schuld ihre Geltung verloren.

In solchen Fällen haben einzelne Polen sich oft für die bedrohten Deutschen freundschaftlich helfend verwendet und manchen vor schwerem Schicksal bewahrt. ...<<

Plünderungen und Zerstörungen

>>Die zur Wahrheit wandern, wandern allein.<< (Christian Morgenstern)

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schufteten.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjet-

union. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztreppe, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).

Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Tragbalken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".

Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte. Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts "peinliche Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>... Abgesehen von geringfügigen Aufräumarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Inangasetzung der Betriebe.

Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt. Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektrische Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. -

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts destoweniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.

Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -Offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. - Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont.

Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen, im ganzen jedoch scheint die polnische Provisorische Regierung, die schon im Frühjahr 1945 die Zivilverwaltung in Oberschlesien übernommen hatte, durch ihren Einfluß oder durch Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht erreicht zu haben, daß die Demontagen auf ein Maß beschränkt blieben, das die Produktionsfähigkeit des oberschlesischen Industriegebietes nicht in Frage gestellt hat.

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft. Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen.

Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. Wo einst eine sehr rationell arbeitende Landwirtschaft betrieben wurde, mußte man jetzt, sofern das Land überhaupt noch bebaut werden konnte, zu primitivsten Wirtschaftsmethoden und hunderterlei Notbehelfen greifen.

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden.

Während der größte Teil der Äcker infolge des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Vieh brach lag, wurden auf den von der Roten Armee in Besitz genommenen Gütern die deutschen Landbewohner aus der Umgebung versammelt, auch Vieh und nötiges Inventar zur Wiederaufnahme der Bewirtschaftung zusammengebracht.

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst 1945 auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen

auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. Einzelne, besonders in Niederschlesien, waren wirtschaftlich leidlich geordnet; in einigen hatten sogar deutsche Verwalter die Leitung. Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen.

Für eine große Anzahl von Deutschen brachte die Beschäftigung auf den sowjetischen Kolchoswirtschaften wenigstens den Vorteil, daß ihnen eine, wenn auch noch so armselige Existenzgrundlage gegeben war. Nicht immer reichte auch hier die ausgegebene Verpflegung aus, um den Hunger der schwer Arbeitenden zu stillen; aber viele hatten wenigstens Gelegenheit, sich während der Ernte heimlich das Nötigste an Nahrungsmitteln zu verschaffen. ...<<

Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung

>>Das Böse lebt nicht in der Welt der Dinge. Es lebt allein im Menschen.<< (Chinesisches Sprichwort)

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil einheimische Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben.

Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden. Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.

In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".

Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Jugoslawien, Polen und in der Tschechoslowakei setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.

Da die neuen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizkommandanten waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.

Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlagnahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.

Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden z.B. vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T. sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.

Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten. In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage". Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen.

Besonders abscheulich waren die Bergung und Bestattung der Leichen und Tierkadaver, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen. Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte nach Schwächeanfällen zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.

Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten. Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage immer dramatischer.

Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es nicht mehr.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die Verfolgten unfabbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-109E,113E-118E): >>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. Zwar setzte die russische Militärverwaltung zunächst in den Städten wie auf den Dörfern deutsche Bürgermeister und Verwaltungsstellen ein, doch diese waren lediglich dazu verurteilt, die Befehle der sowjetischen Kommandanturen auszuführen, und sie hatten keineswegs die Macht, das Leben und die Wirtschaft in den Städten in Gang zu setzen. Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still.

Deutsches Geld war nahezu wertlos geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt. Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen ar-

beiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag zum Teil darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.

Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen.

Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt. Lediglich in einigen Städten Niederschlesiens, wo noch zahlreiche Deutsche lebten und die Polen sich erst im Herbst festzusetzen begannen, war nach den ersten Wochen der Besetzung ein eigenes Leben mit Ansätzen zu langsamer Aufwärtsentwicklung in Gang gekommen. Dies trifft z.B. für Schweidnitz zu, wo im Sommer 1945 sogar eine Reihe Läden wieder geöffnet hatte und wo mit deutschem Geld bezahlt werden konnte. Auch in manchen kleineren Orten dieser Gegend konnten deutsche Verwaltungsstellen in der Versorgung der Bevölkerung im Sommer 1945 beachtliche Fortschritte erzielen.

Im ganzen gesehen handelt es sich hier jedoch um Ausnahmen. Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es war überall das gleiche Bild, ob man Liegnitz, Glogau und Grünberg, die ostpreußischen Städte Osterode, Allenstein, Sensburg oder die pommerschen Köslin, Stolp und Treptow nimmt.

Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein.

So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Einwohner während des Sommers und Herbstes 1945.

Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf.

Schon unmittelbar nach der Eroberung Ostdeutschlands hatten die Russen sich der Polen, die als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in Ostdeutschland lebten, als Ordnungsmiliz bedient und ihnen Aufsichtsrechte und Befehlsgewalt über die deutsche Bevölkerung gegeben. In einzelnen Orten wurden ehemalige polnische Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter sogar als Bürgermeister eingesetzt.

Zu den bereits während des Krieges wie überall in Deutschland so auch in den Ostgebieten befindlichen polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, von denen viele zwangsweise aus Polen zur Arbeit nach Deutschland verbracht worden waren, kamen außer den Angehörigen der polnischen Armee im Gefolge der sowjetischen Armeen viele Tausende von Zivilpersonen aus Polen über die alte deutsch-polnische Grenze.

Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer 1945 stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar

schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.

Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee.

Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. Nur teilweise erwachsen daraus auch gewisse Vorteile, so, wenn z.B. die russischen Kommandanturen, wie es manchmal geschah, Schutz vor Übergriffen der Polen gewährten. Im allgemeinen waren sie dazu allerdings entweder nicht willens oder auch nicht imstande.

Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. In manchen Gegenden kam es zu völlig getrennten nebeneinander liegenden polnischen und russischen Einflußbereichen. So gab es während des Jahres 1945 Dörfer, in denen allein die Russen bestimmten, während in Nachbardörfern polnische Behörden regierten. In den Städten wurden mitunter getrennte deutsche Viertel eingerichtet, in denen die russische Kommandantur zuständig war, während in anderen Stadtvierteln polnische Behörden fungierten.

Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.

Nachdem auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort. Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchese noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende.

... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.

Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".

Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.

Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.

Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.

Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.

Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.

Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.

Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.

In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.

Schon im April wurde, ähnlich wie im alten polnischen Staatsgebiet unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee, auch in Danzig die sowjetische Besatzungstruppe durch polnische Miliz zum größten Teil abgelöst, und im gleichen Monat wurden auch bereits die ersten Polen aus den ostpolnischen an Rußland abgetretenen Gebieten in Danzig angesiedelt. Die für die alten polnischen Gebiete erlassenen Gesetze wurden nun in ihrer Geltung auf die Freie Stadt Danzig ausgedehnt, ohne daß eine alliierte Abmachung über das künftige Schicksal Danzigs getroffen worden war.

Aber auch in einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsüber-

nahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen süd-ostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein.

Ende April 1945 übernahmen polnische Behörden offiziell die Verwaltung in den Städten Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg und ihren Industrieanlagen. Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April 1945 eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau übersiedelte. Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert.

Wenige Wochen nachdem die polnische Provisorische Regierung ihre Befugnisse auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt hatte, erweiterte sie ihre Herrschaft auch offiziell auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, und entsprechend dem nach 1945 mit lautem propagandistischem Aufwand immer wieder behaupteten historischen Anspruch Polens auf die deutschen Ostgebiete, wurden diese seither in der amtlichen polnischen Sprache als Wiedergewonnene Gebiete bezeichnet.

Am 24. Mai 1945 wurde das Dekret "Betreffend die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete" erlassen, welches bestimmte, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete den Organen des polnischen Staates unterstellt werden. Wenige Tage später, am 29. Mai 1945, wurde eine vorläufige Verwaltungsaufteilung der Wiedergewonnenen Gebiete verordnet und im Zusammenhang damit ein Provisorium beschlossen, das die Errichtung von Außenstellen der alten polnischen Wojewodschaftsbehörden im Gebiet der ostdeutschen Provinzen verfügte.

Das Vorgehen der polnischen Provisorischen Regierung, der Erlaß polnischer Gesetze und die Einsetzung polnischer Verwaltungsbehörden in dem von der Roten Armee besetzten Ostdeutschland, Entscheidungen, die ohne Duldung und Unterstützung durch die sowjetische Regierung und Militärverwaltung unmöglich gewesen wären, führten am 8. April 1945 zu einem an Moskau gerichteten Protest der amerikanischen Regierung, der nach einer unbefriedigenden Antwort der Sowjetregierung am 8. Mai in noch schärferer Form wiederholt wurde.

In dieser amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. Proteste dieser Art rührten die Sowjetregierung indessen wenig, und in Potsdam zeigte sich, daß ihre Politik der vollendeten Tatsachen Erfolg hatte.

Nachdem auch die Westmächte der Verwaltungsübernahme Polens in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße zugestimmt hatten, wurde die Polonisierung Ostdeutschlands radikal auf allen Gebieten und mit allen Mitteln betrieben. In den deutschen Orten im südlichen Teil von Ostpreußen, in Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, überall zogen polnische Verwaltungsbehörden ein und lösten die deutschen Bürgermeister ab, die von den russischen Kommandanturen installiert worden waren. ...<<

>>... Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus. Sie wurden eingesetzt, um Straßen und Wohnungen

aufzuräumen, um abgebrannte oder zerstörte Häuser und Wohnviertel abzubrechen und das Baumaterial zum Wiederaufbau polnischer Städte, vor allem Warschaus, nach Polen zu verladen. Auch zur Instandsetzung einiger Industriewerke, vor allem aber für alle Arbeiten in der Landwirtschaft zog man die Deutschen heran.

Oft kam es vor, daß ein Teil der deutschen Einwohner aus den Städten in Kolonnen zusammengefaßt und zu landwirtschaftlichen Arbeiten abkommandiert wurde. Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen.

In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. Besonders streng war der Arbeitszwang in Oberschlesien. Er führte hier zur Einrichtung von regelrechten Arbeitslagern, die jedoch meist nur einige Wochen und Monate bestanden.

Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende akute Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. Zwar änderten sich die Verhältnisse gegenüber der russischen Besatzungszeit insofern, als infolge des Einströmens polnischer Geschäftsleute, die die Zloty-Währung einführten, und infolge beträchtlicher amerikanischer Hilfsaktionen für Polen in den Städten bereits ab Sommer und Herbst 1945 ein teilweise recht ansehnliches Angebot an Lebensmitteln bestand.

Doch blieben diese für die deutsche Bevölkerung unerschwinglich, da sie in der Regel für ihre Arbeit nur eine knappe Tagesverpflegung, aber kein Geld erhielt. Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.

Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständige Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen.

Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. Obwohl unter der Besatzung der Roten Armee, durch Plünderungen, Demontagen und Abtransport von Vieh und Sachgütern ein enormer Vermögensschwund und ein erhebliches Absinken der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionskapazität in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie stattgefunden hatten, waren doch die Besitz- und Vermögensverhältnisse noch nicht prinzipiell umgestürzt worden.

Wenn auch viele Rittergüter und Domänen von den Russen beschlagnahmt worden waren, so lebten doch noch zahlreiche deutsche Bauernfamilien auf ihren Höfen, und auch in den Städten besaßen die Deutschen noch ihre Handwerksbetriebe, ihre Geschäfte und ihre Häuser. Dies änderte sich alles erst mit der polnischen Verwaltungsübernahme und dem Eindringen Tausender von Polen nach Ostdeutschland, die, soweit sie aus Ostpolen stammten, selbst ihre Habe verloren hatten.

Bereits am 2. März 1945 hatte die polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebenes und verlassenes Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und

gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. Dieses Dekret wurde in den Dörfern und Städten Ostdeutschlands meist unmittelbar nach der Verwaltungsübernahme durch die polnischen Behörden öffentlich bekanntgemacht.

Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnungen verlassen zu müssen. Die ganze Gesetzgebung zur Enteignung des deutschen Vermögens sollte in erster Linie eine vermögensrechtliche Grundlage für die Ansiedlung der Polen und die Verdrängung der Deutschen durch polnische Zivilpersonen schaffen.

Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verliefen bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.

Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten.

Weitaus größere Bedeutung hatte es aber, daß schon unmittelbar nach der Eroberung durch die Rote Armee der Zustrom zahlreicher Zivilpersonen aus Polen begann. Ehe noch die Ansiedlung der Umsiedler aus den ostpolnischen Provinzen einsetzte, waren aus den grenznahen Gebieten Westpolens, teils auch aus den Städten Zentralpolens schon viele Tausende von Polen über die deutsch-polnische Grenze gekommen, um sich an dem deutschen Vermögen für das zu entschädigen, was ihnen in den Zeiten der deutschen Herrschaft genommen worden war, oder auch nur, um sich nach Kräften zu bereichern.

Der Strom dieser Polen, die im Frühjahr 1945 nach Ostdeutschland eindringen, ergoß sich zunächst vor allem in die grenznahen Gebiete Ostpreußens, nach Danzig, in die östlichen Kreise Pommerns und die östlich der Oder gelegenen Teile Schlesiens und setzte sich im Laufe des Sommers immer weiter nach Westen fort.

Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern und Beutemachern, die nur eine günstige Chance zur Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.

Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen.

Anders als dieser regellose Zustrom von Menschen aus den west- und zentralpolnischen Gebieten war die meist erst im Frühsommer 1945 beginnende Ansiedlung von Polen, die aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen Gebieten kamen, mehr oder weniger gelenkt. Da es sich bei ihnen vorwiegend um Bauern- und Landarbeiterfamilien handelte, wurden sie in der Regel auf dem Lande angesiedelt, und es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen.

Obwohl bei den aus Ostpolen Kommenden und dort selbst Vertriebenen eine wirkliche Be-

sitzübernahme und die ernstliche Absicht der Ansiedlung vorlagen, geschah dies nicht in rechtlichen Formen, nicht in menschlicher und geordneter Weise. Das lag in der Natur der Sache selbst und wurde besonders offenkundig, als die leerstehenden Gehöfte und Häuser nicht mehr genügend Auswahl boten.

Jetzt begannen die polnischen Ansiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.

Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.

Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.

In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigorosere verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, und währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt.

Doch auch in denjenigen deutschen Städten, wo keine solchen drakonischen Maßnahmen ergriffen wurden, bewirkte die ständig steigende Zahl einströmender Polen, daß immer neue Straßenzüge und Stadtviertel von der deutschen Bevölkerung geräumt werden mußten, bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutscher Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.

Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammte. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. Rund 1,4 Millionen Polen aus dem Gebiet ostwärts des Bug wurden bis zum Juli 1946, als die Überführung der ostpolnischen Bevölkerung nach Westen nahezu abgeschlossen war, in die ostdeutschen Provinzen umgesiedelt.

Da sie auf die Bewirtschaftung größerer Bauerngüter im allgemeinen wenig Wert legten, führte ihre Verpflanzung nach Ostdeutschland vor allem zur Verdrängung der kleinen deutschen Bauern, die unter russischer Besatzung zwar das Inventar und Vieh verloren hatten, aber im Besitz ihrer Höfe geblieben waren. Diese wurden ihnen nunmehr enteignet und von den ankommenden Polen besetzt. Bestenfalls durften die deutschen Besitzer als Arbeitskräfte der polnischen Ansiedler zunächst noch auf ihrem Hof bleiben, in vielen Fällen wurde ihnen aber auch dies verweigert.

Sofern die polnischen Ansiedler aus Gebieten stammten, in denen es wenig Reibungsflächen zwischen Polentum und Deutschtum gegeben hatte, oder soweit sie nicht von den herrschenden Vergeltungsgefühlen angesteckt waren, haben sie sich gegenüber den enteigneten Deutschen zum Teil durchaus freundlich gezeigt und in vielen Fällen versucht, deren Lage etwas zu erleichtern; viele aber behielten nur ihren eigenen materiellen Vorteil im Auge und gebrauchten die entrechteten Deutschen lediglich als Arbeitsklaven.

Die generelle Enteignung des deutschen Vermögens und die Ansiedlung von Polen hatte bald eine völlige Verarmung und Deklassierung der deutschen Bevölkerung in den Gebieten ost-

wärts der Oder-Neiße-Linie zur Folge. Die deutschen Bauern waren zu Landarbeitern bei den neuen polnischen Besitzern geworden und die Handwerksmeister zu Gehilfen bei polnischen Handwerkern. Alle Hilfsdienste und schweren Arbeiten auf dem Lande und in der Stadt mußten von Deutschen geleistet werden, während nicht nur der Besitz, sondern auch der staatliche Rechtsschutz allein den ins Land kommenden Polen vorbehalten blieb.

In der Regel wurden nur die kleinen Betriebe und Bauernhöfe privates Eigentum polnischer Ansiedler. Die großen Industriewerke sind ebenso wie die Mehrzahl der Rittergüter und ehemaligen deutschen Domänen zu polnischem Staatseigentum erklärt worden.

Die in allen Ostblockstaaten infolge der fortschreitenden Sowjetisierung seit 1945 beginnende Verstaatlichung des Privatvermögens richtete sich in Polen im Jahre 1945 zunächst ausschließlich auf das ehemalige deutsche Eigentum. Bereits am 3. Januar 1946 wurde jedoch das Dekret "Über die Übernahme der Hauptzweige der Volkswirtschaft in staatliches Eigentum" erlassen, das die Verstaatlichung auch auf polnischen Privatbesitz ausdehnte und infolgedessen auch verhinderte, daß größere ehemals deutsche Vermögen in private Hand von Polen übergangen.

Die großen Güter wurden, nachdem sie von den Russen verlassen worden waren, von den staatlichen polnischen Güterverwaltungen übernommen und zu polnischen Staatsdomänen umorganisiert. Vielerorts übernahmen die polnischen Verwalter beim Abzug der Russen völlig leere Gehöfte. Es fehlte an Maschinen und Vieh, und die Bewirtschaftungsformen waren äußerst primitiv. Die Deutschen, die bisher als russische Kolchosarbeiter auf diesen Gütern gelebt hatten, wurden nunmehr zu Landarbeitern unter den polnischen Verwaltern; sie erhielten aber eine erheblich schlechtere Verpflegung und Entlohnung als die polnischen Landarbeiter. ...<<